

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz		Sitzungsprotokoll L-17 Malte Hinrichsen	
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft		2015 - 2019	
Sitzungstag:	Sitzungsbeginn:	Sitzungsende:	Sitzungsort:
07.02.2017	14.30 Uhr	16:05 Uhr	Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Buhlert			

Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert (FDP) eröffnet die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

TOP 1

Die Deputation berät über die Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 12.01.2017
NEU TOP 3	<p>Bericht zum Stand der Psychiatriereform im Land Bremen und zu den aktuell erhobenen Vorwürfen gegenüber dem Klinikum Bremen-Ost.</p> <p>Gäste:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Frau Dr. Dernedde (medizinische Geschäftsführung der Gesundheit Nord), - Herr Dr. Gries (Krankenhausdirektion des Klinikum Bremen-Ost), - Herr Prof. Dr. Dr. Reimer (Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Psychiatrie und Psychotherapie) - Herr Dr. Bührig (Klinikdirektor des Psychiatrisches Behandlungszentrum am Klinikum Bremen-Nord) - VertreterInnen des Betriebsrats des Klinikum Bremen-Ost
TOP 43	Berichtsbitte der CDU „Bericht zum Thema Bipolare Störungen“
TOP 54	Berufung der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats des Bremer Krebsregisters nach dem Krebsregistergesetz (BremKRG)
TOP 65	Berichtsbitte der CDU „Kurzbericht zum Thema „Elektrosmog“ und öffentliche Gesundheit (Elektromagnetisches Überempfindlichkeitssyndrom)“
TOP 76	Berichtsbitte der SPD „Bericht zum Sachstand der Organtransplantationen“
TOP 87	Verschiedenes

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
Beschluss	
Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die vorgeschlagene Tagesordnung.	

TOP 2 | Protokoll der Sitzung vom 12.01.2017

Herr Bodeit (CDU) bittet um eine Korrektur: eine Nachfrage zum Thema schulzahnärztliche Untersuchungen sei fälschlicherweise Herrn Welt und nicht ihm zugeschrieben worden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll vom 12.01.2017 mit Herrn Bodeits Änderung zu.

TOP 3 | Bericht zum Stand der Psychiatriereform im Land Bremen und zu den aktuell erhobenen Vorwürfen gegenüber dem Klinikum Bremen-Ost

Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert weist daraufhin, dass es sich um eine öffentliche Sitzung handele und daher datenschutzrelevante Fragen bzgl. einzelner Fälle nicht behandelt werden dürften.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt unterstreicht, dass die medial und auf sonstigem Wege erhobenen Vorwürfe sie sehr betroffen gemacht hätten und dass sie deshalb den geschäftsführenden Direktor des Zentrums für Psychiatrie und Psychotherapie der Gesundheit Nord, Prof. Dr. Reimer, den Klinikdirektor des Psychiatrisches Behandlungszentrum am Klinikum Bremen-Nord, Herrn Dr. Bührig, die Geschäftsführung der Gesundheit Nord und die Krankenhausdirektion des Klinikum Bremen-Nord eingeladen habe, um die Gesamtsituation gemeinsam zu besprechen. Außerdem seien Vertreterinnen und Vertreter des Betriebsrats des Klinikum Bremen-Ost, die PatientInnenfürsprecher der Psychiatrie am Klinikum Bremen-Ost, Herr Detlef Tintelott und seine Stellvertreterin Gerlinde Tobias anwesend.

Die Senatorin betont, dass sie das düstere Bild der Situation der Psychiatrie im Lande Bremen das manche zeichnen würden, nicht teile. Damit würden die Anstrengungen der Kliniken und ihres Hauses nicht ausreichend gesehen und gewürdigt. Auch wenn es Anlass zu Kritik gebe. Mit einzelnen Kritikpunkten sich auseinandersetzt werden und es bedarf der Veränderung. Es steht aber nicht gleichzeitig der gesamte Weg der Psychiatriereform in Frage. Wir befinden uns inmitten eines tiefgreifenden Reformprozess, aber man gehe voran – auch wenn immer gesagt werden könne, dass es schneller gehen müsse, so die Senatorin. Ziel der Psychiatrie-Reform sei ein grundlegend anderer Umgang mit Menschen in seelischen Krisen, mit Menschen, die psychisch erkrankt sind. Das Ziel sei, dass Menschen mit seelischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen im Land Bremen eine bessere Versorgung erhalten. Dies sei eine große Aufgabe, bei der viele Akteure beteiligt seien. Es würden öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, die sehr gut besucht seien, in denen das offene Gespräch mit den Beteiligten dazu stattfindet. Auch habe sich die Deputation mehrfach mit der Psychiatriereform beschäftigt – beispielsweise im Rahmen einer großen Anhörung zum Thema. Einen wichtigen Baustein der Psychiatriereform bilde das Psychiatriekonzept, das am vergangenen Freitag (3.2.2017) von der Geschäftsführung der Gesundheit Nord übermittelt wurde. Die Senatorin stellt fest, dass es erfreulich gewesen wäre, wäre das Konzept zum verabredeten Zeitpunkt Ende des Jahres 2016 finalisiert worden. Das Konzept werde derzeit fachlich bewertet. Es beschreibe die Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der stationären Versorgung, den geplanten Ausbau der tagesklinischen Angebote sowie von Home-Treatment-Angeboten. Der Ausbau der ambulanten und teilstationären Leistungen solle aus der Umwandlung stationärer Plätze erfolgen. Man habe mit dem vorgelegten Konzept damit eine gute Diskussionsgrundlage, auf der die Weiterentwicklung der Psychiatrie erfolgreich fortgesetzt werden könne. Die Senatorin sagt zu, das Konzept den Deputierten zur Verfügung zu stellen, als Grundlage der Diskussion in der kommenden Sitzung.

Die Senatorin kommt auf die aktuellen Vorwürfe zu sprechen. Die Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher hätten grundsätzliche Kritik an den Behandlungen in der Psychiatrie geäußert. Diese Berichte gäben Grund zu großer Besorgnis. Klar sei: Die Zustände, wie sie beschrieben werden, seien nicht haltbar. Nun müsse jeder einzelne Fall untersucht und geprüft werden und nach Lösungs- und Heilmöglichkeiten gesucht werden und die strukturellen Konsequenzen daraus gezogen werden. Die Senatorin berichtet, dass sie sich mit Herrn Tintelott und Frau Tobias getroffen und die Vorwürfe – die nur informell die Behörde erreicht hätten – besprochen habe. Der Psychiatriereferent des Ressorts, Herr Utschakowski, habe sich ebenfalls mit den PatientInnenfürsprecherinnen getroffen. Die Senatorin erklärt, dass sie die Gesundheit Nord aufgefordert habe einen Aktionsplan für die Psychiatrie vorzulegen, der darlege wie sie diese Kritikpunkte abstellen wolle. Mit dem nun vorliegenden 10-Punkte-Plan solle die Betreuung von Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie sofort spürbar verbessert werden. Im Wesentlichen gehe es darum, die Kommunikation zwischen Betroffenen und Pflegepersonal und Ärztinnen und Ärzten zu intensivieren, die räumliche Ausstattung zu verbessern und für Beschäftigte zusätzliche Schulungsplätze für Konflikttraining zu schaffen. Es sei positiv, dass die Gesundheit Nord und mit ihr das Klinikum Bremen-Ost sofort reagiert habe. Der Aktionsplan trage dazu bei, die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu verbessern. Ziel sei eine transparente Psychiatrie, bei der die individuellen Belange von Patientinnen und Patienten oberste Priorität haben und die gewährleistet, dass Kritik und Wünsche schneller auch dort ankommen, wo sie etwas bewirken.

Die Senatorin erläutert, dass sie das bisherige Meldesystem kritisch evaluiert habe: an verschiedenen Stellschrauben hätte es Verbesserungsbedarf gegeben. Sie habe Schritte eingeleitet, mit denen das bisherige Meldewesen verbessert würde. Bzgl. des Berichts der Besuchskommission führt die Senatorin aus, dass die Besuchskommission regelmäßig psychiatrische Kliniken besuche und anschließend Protokolle verfasse. Diese Protokolle flössen in einen Bericht, der alle zwei Jahre erscheine und in der Deputation diskutiert würde. Künftig sollten die Kliniken zeitnah zu den von der Besuchskommission protokollierten Problemen um Stellungnahmen gebeten werden, um so dafür Sorge zu tragen, dass die Themen zügiger bearbeitet würden. Die Senatorin erläutert, dass sie bereits bei dem ersten Bericht, der in ihrer Amtszeit vorgelegt wurde, der Umgang mit den Berichten grundsätzlich geändert habe: jeder darin enthaltene Kritikpunkte wurde umgehend den Krankenhäusern zurückgespiegelt und durch die zuständigen Referate nachgehalten. Sie habe also direkt einen deutlich veränderten Umgang mit dem Bericht der Besuchskommission veranlasst. Bzgl. dem Bericht der PatientInnenfürsprecherInnen: Seit dem Jahr 2015 gebe es einen jährlichen Bericht der PatientInnenfürsprecherInnen auch für die Psychiatrie. In diesen Berichten würden Mängel beschrieben und mit den Klinikleitungen besprochen. Künftig würden die PatientInnenfürsprecherInnen gebeten, Kritikpunkte auch vor Abschluss des Jahres an die Fachaufsicht zu übermitteln, damit diese in den Kliniken nachgehalten werden können. Die Senatorin habe die Bitte, dass die PatientInnenfürsprecherInnen zukünftig bei besonderen Vorkommnissen direkt die Behörde kontaktieren und nicht erst die Finalisierung des Berichts abwarten. Die Berichte müssten zukünftig schneller die senatorische Behörde erreichen.

Weitere Punkte, die zur Verbesserung des Meldewesens beitragen würden, seien: das Treffen der Chefärztinnen und Chefärzte mit der Besuchskommission werde zukünftig halbjährlich stattfinden und besondere Vorkommnisse und Fragen bzgl. der Durchführung von Zwangsmaßnahmen behandeln. Jedes Haus müsse ein Zwangsmaßnahmenkonzept vorlegen. Die Zahlen müssten statt jährlich zukünftig vierteljährlich der Fachaufsicht gemeldet werden. So würde das Kommunikationsnetz zwischen den Kliniken und der senatorischen Behörde deutlich enger geknüpft und Maßnahmen könnten schneller zum Wohle der Patientinnen und Patienten eingeleitet werden.

Die Senatorin unterstreicht die Bedeutung der Psychiatriereform. Ein wichtiger Bestandteil der Reform seien die 13 Modellprojekte, die in den Stadtteilen niedrigschwellige Angebote für Menschen in Krisen bereithielten. Ziel sei eine stärkere ambulante und wohnortnahe psychiatrische Versorgung. Psychisch erkrankte Menschen sollten in ihrem Umfeld bleiben können und möglichst wenig stationär behandelt werden müssen. Konstante Bezugspersonen seien dafür wichtig, Halt zu finden und in einer Lebenskrise wieder selbstbestimmt handeln zu können. Zudem sollen Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung und deren Angehörige künftig stärker einbezogen werden, wenn es therapeutische und psychiatrische Angebote ginge. Dies geschehe unter anderem durch einen stärkeren Einsatz von Genesungsbegleiterinnen und Genesungsbegleitern. Die Beteiligung von Psychiatrie-Erfahrenen und Angehörigen in die Planung und Umsetzung psychiatrischer Angebote sei ein wichtiger Ansatz, der in Bremen bereits erfolgreich praktiziert würde, der aber weiterentwickelt und verstetigt werden müsse. Die AG Krisenintervention und regionale Versorgung beschäftige sich mit der Neuorganisation des Krisendienstes und neuen Modellen der regionalen Versorgung und werde ihre Ergebnisse spätestens Anfang 2018 vorlegen. Für die Reformierung des PsychKG sei eine sektorenübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, an der auch Psychiatrie-Erfahrene und Angehörige beteiligt seien, die bis Mitte des Jahres ein Eckpunktepapier vorlegen werde, das u.a. Vorschläge zur Anpassung des Psychisch-Kranken-Gesetz (PsychKG) an die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen und zur Stärkung der Betroffenenrechte enthalten wird.

Die Senatorin erklärt, dass es wichtig sei offen, sachlich und direkt Kritikpunkte zu äußern, sie habe aber die Bitte, dass nicht vorschnell Pauschalurteile getroffen würden, die den Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort und in der Behörde nicht gerecht würden.

Dr. Dr. Magnus Buhlert (FDP) bedankt sich für den Bericht und bittet die Gäste der Gesundheit Nord sich zu äußern.

Frau Dernedde (Gesundheit Nord) bedankt sich im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Worte der Senatorin. Man habe sich intensiv mit den in den vergangenen Wochen geäußerten Vorwürfen auseinandergesetzt und einen Aktionsplan zur Behebung der Missstände vorgelegt, den Herr Prof. Reimer nun erläutern werde.

Prof. Dr. Reimer (Gesundheit Nord) äußert sein Bedauern darüber, dass man sich nun in dieser Form mit den erhobenen Vorwürfen auseinandersetzen müsse. Herr Prof. Dr. Reimer begrüßt aber, dass die Themen nun offen diskutiert würden. Man müsse sehen, in welcher Tradition man sicher bewege. Die Tradition, die räumliche und personelle Situation seien die entscheidenden Faktoren im psychiatrischen Bereich. Die räumliche Situation der Psychiatrie sei in den Siebziger Jahren gelegt worden. Herr Dr. Bührig leiste in Bremen-Nord hervorragende Arbeit und die räumliche Situation in Bremen-Nord sei besser als am Klinikum Bremen-Ost. Herr Dr. Bührigs Kompetenz würde insgesamt der Psychiatrie zu Gute kommen. Die Behandlungskonzepte würden überarbeitet: weg von Medikation hin zu gesprächstherapeutischen Maßnahmen. Herr Prof. Dr. Reimer betont die Bedeutung der Einbindung der PatientinnenfürsprecherInnen in diesen Prozess.

Frau Dernedde (Gesundheit Nord) ergänzt, dass ab sofort zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt würde. Es gebe einen generellen ÄrztInnenmangel im Bereich der Psychiatrie, dennoch hoffe man durch eine aktive Personaloffensive hier Fortschritte zu erreichen. Dazu zählten insbesondere auch Qualifikationsmaßnahmen und Fortbildungen für vorhandenes Personal. Bauliche und räumliche Maßnahmen würden nun ebenfalls schnellstmöglich angegangen.

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) hält fest, dass der Aktionsplan und das Psychiatriekonzept den Deputierten zur Verfügung gestellt wird.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt sagt zu, dass – wenn die Gesundheit Nord einverstanden sei – beides kurzfristig den Deputierten zugeschickt würde.

Frau Dr. Kappert- Gonther (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich bei den Gästen der Gesundheit Nord für ihr Erscheinen. Sie gibt Herrn Prof. Dr. Reimer Recht, dass nicht nur hier diese Fragen diskutiert werden sollten, stellt aber fest, dass natürlich auch eine Diskussion in diesem politischen Rahmen nötig sei. Es sei sehr mutig von den beiden PatientinnenfürsprecherInnen mit ihrer Kritik so offensiv vorzugehen. Dafür bedankt sich Frau Kappert-Gonther bei Herrn Tintelott und Frau Tobias. Es sei gut, dass nun die Gesundheit Nord einen solchen Plan vorlegt habe. Schließlich würde niemand so behandelt werden wollen, aber eben auch niemand auf eine solche Art behandeln wollen. Deshalb sei die Psychiatriereform von so überragender Bedeutung – und es gebe auch eine große Anerkennung für das, was bereits erreicht worden sei. Ziel sei, die Patientinnen und Patienten – insbesondere die schwer und chronisch Kranken – besser zu behandeln. Dafür seien die strukturellen Änderungen der Psychiatriereform notwendig. Deshalb sei es wichtig, dass man das vorgelegte Konzept der Gesundheit Nord diskutieren werde können. Nun müsse man die verbindlichen Konsequenzen aus diesem Konzept in der kommenden Deputation diskutieren. Frau Kappert-Gonther begrüßt die von der Senatorin eingeleiteten Maßnahmen, vor allem bzgl. des Meldewesens und schlägt vor, dass eine unabhängige Beschwerdestelle speziell für Psychiatrie-Patientinnen und Patienten nach dem Vorbild Berlins eingeführt werden sollte.

Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert (FDP) führt aus, dass die Diskussion die Frage der Geschwindigkeit der Reformen aufgeworfen habe. Man sei auf einem richtigen Weg: nun gehe es darum, dass zügig vorangeschritten werde. Zusätzliches Personal sei eine gute Entscheidung, die Frage sei, ob man auch ausreichend Personal bekommen könne. Es sei gut, dass nun die Meldewege verbessert würden. Die langen Wartezeiten bei Psychotherapeutinnen und -therapeuten, könnten ebenfalls dazu führen, dass mehr Menschen in Psychiatrien kommen würden. Die Frage sei auch, wie Menschen mit Behinderungen, die psychische Probleme haben, angemessen mit in die Planungen einzbezogen werden könnten.

Herr Bensch (CDU) erinnert an die Anhörung zur Psychiatriereform im August 2016. Herr Bensch stellt fest, dass man auf einem guten Weg sei. Die hervorragenden Veranstaltungen zur Psychiatriereform würden zeigen, wie fruchtbar solche kritischen Diskussionen seien. Fest stehe, dass einiges am Klinikum Bremen-Ost verbessert werden müsse. Bad news seien good news – auch im Privaten. Herr Bensch stellt fest, dass es daher lange dauern werde, bis die Auswirkungen dieser Diskussion in der öffentlichen Wahrnehmung des Klinikum Bremen-Ost geheilt seien. Das Thema betreffe viele Menschen und es sei wichtig, dass man offen diese Fragen angehe. Die Einbindung der Psychiatrieerfahrenen sei sinnvoll und erfolgreich. Nun müsse man dies weiterverfolgen. Man müsse in der Besuchskommission – an der in den vergangenen Jahren viele nur Alibimäßig teilgenommen hätten – grundsätzliche Diskussionen beispielsweise über die Protokolle der vergangenen Jahre führen. Darüber könne man auch mit Herrn Prof. Dr. Reimer, der immer noch relativ neu am Klinikum Bremen-Ost sei, reden und erfolgreiche Beispiele übertragen. Beispielsweise sei der Medikamentenverbrauch im Psychiatrischen Behandlungszentrum Ost im Bundesvergleich äußerst niedrig. Sehr positive Entwicklungen gebe es auch im Bereich Home-Treatment zu vermelden – davon könne im gesamten Stadtgebiet gelernt werden. Es gehe darum, nun gestärkt aus der Krise herauszukommen.

Frau Dernedde (Gesundheit Nord) sagt, dass sie sich die Berichte der Besuchskommission der letzten Jahre angeschaut habe und es sei richtig, dass sich dort wiederholt dieselben Kritikpunkte wiederfänden. Man habe in Bremen Nord investiert und sehr gute räumliche Möglichkeiten geschaffen: hell, licht, offen zum Wohle der Patientinnen und Patienten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die räumlichen Bedingungen in der Station 63 Klinikum Bremen-Ost seien schwierig, da gebe sie der Senatorin Recht. Soweit möglich, müsste unmittelbar gehandelt werden und eine bessere Atmosphäre geschaffen werden. Ebenfalls seien entzerrende personelle Veränderungen vorgenommen worden.

Herr Prof. Dr. Reimer (Gesundheit Nord) erläutert, dass das Licht- und Farbkonzept überarbeitet worden sei. Der Ergotherapieraum sei wieder nutzbar gemacht worden. Ein weiteres PatientInnen-Zimmer würde zu einem zusätzlichen Wohnraum umgewandelt. Die Station 63 werde mittelfristig geschlossen und ein neues räumliches und therapeutisches Konzept auf dem Gelände des Klinikum Bremen-Ost erarbeitet. Auf der Ebene der Leitung sei die Stationspflegeleitung ausgewechselt worden, die oberärztliche Leitung der Klinik sei verstärkt worden: Herr Dr. Kuhnigk leite als neuer Chefarzt neben dem Chefarzt Herrn Dr. Seibert. Die therapeutische Situation sei gestärkt worden, allerdings sei man nach wie vor überbelegt. Es gebe zurzeit 14 Patientinnen und Patienten, die nicht mehr in den Bereich des SGB V fallen würden und in Wohnheimen untergebracht werden müssten. Andere Bundesländer seien nicht bereit diese Patientinnen und Patienten aufzunehmen und dies führe zu einer Verknappung der Plätze am Klinikum Bremen-Ost. Herr Prof. Dr. Reimer ergänzt, dass man frühzeitig angefangen habe zu verhandeln, um die Ambulantisierung und Home- Treatment-Angebote auszubauen und so eine wohnort- und lebensweltnahe Versorgung sicherzustellen.

Frau Dehne (SPD) begrüßt die Ausführungen von Prof. Dr. Reimer. Frau Dehne stellt klar, dass die Station 63 seit vielen Jahren die Besuchskommission beschäftige. Es gehe heute aber auch um den Stand der Psychiatriereform im Allgemeinen. Es sei gut, dass sowohl im ärztlichen als auch im pflegerischen Bereich die Gesundheit Nord nun Maßnahmen ergriffen habe. Beziehungen seien bei einer erfolgreichen Therapie das Entscheidende – deshalb sei vor allem die Personalsituation sehr wichtig. Schwer und chronisch kranke Menschen müssten im Fokus der Reformanstrengungen stehen – das sei auch fraktionsübergreifend Konsens. Im Rahmen eines Workshops der Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V. (DGSP) hätte auch Prof. Dr. Beine bestätigt, dass der Bürgerschaftsbeschluss – also insbesondere die Regionalisierung und Ambulantisierung – der richtige Weg sei. Frau Dehne begrüßt, dass die Senatorin das Berichts- und Meldewesen verbessert habe – gerade als Mitglied der Besuchskommission. Dies ermögliche bessere und zeitnahe Kontrolle.

Herr Dr. Schober (Die Linke) verweist darauf, dass schon seit längerem bekannt sei, dass es räumliche und personelle Probleme am Klinikum Bremen-Ost gebe. Deshalb sei es erfreulich, dass in diesen Bereichen nun Fortschritte zu sehen seien – hoffentlich würden dadurch weniger Beschwerden nötig sein. Herr Dr. Schober begrüßt die Forderung nach einer unabhängigen Beschwerdestelle für die Psychiatrie.

Prof. Dr. Reimer (Gesundheit Nord) erläutert, dass weitere räumliche Maßnahmen durchgeführt würden. Beispielsweise werde auf der Station 5a der Tresenbereich zum Flur für die Patientinnen und Patienten geöffnet.

Herr Saffe (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) begrüßt, dass die räumlichen Maßnahmen nun umgesetzt würden und mittelfristig eine andere räumliche Lösung gefunden würde. Herr Saffe bittet darum, die Situation der Menschen in der Wohnheimunterbringung zu erläutern.

Frau Dernedde (Gesundheit Nord) führt aus, dass es sich um Menschen handele, die sehr schwer krank seien, die durchgängig fürsorglich versorgt werden müssten.

Herr Dr. Bührig (Gesundheit Nord) bedankt sich für das Lob der Arbeit des Klinikums Bremen-Nord. Allerdings sei auch klar, dass das Beziehungskonzept am Klinikum Bremen-Nord nicht alleine durch die räumliche Situation zu Stande käme. Auch weist er darauf hin, dass es immer mehr verwahrloste, vernachlässigte schwere Fälle gebe um die sich die Psychiatrischen kümmern müssten. Gerade mit diesem Menschen sei eine Beziehungsorientierte Therapie entscheidend.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) begrüßt Herrn Dr. Bührigs Ausführungen und gibt ihm ausdrücklich Recht. Auch sie findet, dass der Bürgerschaftsbeschluss richtig und wichtig sei und es für die schweren und chronisch Kranken mehr Angebote geben müsse. Vieles habe sich in diesem Bereich verbessert. Allerdings habe die Gesundheit Nord bisher die Gemeindepsy-

chiatrischen Verbünde vor Ort vernachlässigt. Wenn Ambulantisierung und Regionalisierung nicht verbessert würden sei klar, dass die schweren Fälle zunähmen. Bzgl. der schweren Fälle (24 Stunden Betreuungsbedarf) stellt Frau Dr. Kappert-Gonther fest, dass für diese Menschen Lösungen in Bremen entwickelt werden müssten.

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) stellt fest, dass hier die Politik auch auf die Sozialsenatorin zugehen müsse. Herr Dr. Bührig habe angedeutet, dass vielleicht auch durch die Stoßrichtung der Psychiatriereform heute Strukturen nicht mehr vorhanden seien, die für diese schweren Fälle notwendig seien. Das müsste nun erneut beleuchtet und diskutiert werden.

Frau Dernedde (Gesundheit Nord) erwähnt, dass sich die Gesundheit Nord beispielsweise im Bereich Ambulantisierung und Regionalisierung an dem Projekt „Sozialgerechte Stadt“ beteilige.

Herr Prof. Dr. Reimer (Gesundheit Nord) ergänzt, dass in diesem Projekt mit verschiedenen Akteuren in Osterholz zusammenarbeitet beispielsweise auch zu dem Thema „Gewalt in der Psychiatrie“.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert, dass an diesem Projekt auch die Hochschule Bremen und das Wissenschaftsressort beteiligt seien. Die Senatorin begrüßt, dass vernünftig miteinander die kritischen Punkte im Bereich Psychiatrie analysiert und behoben werden können. Es gebe einen vertrauensvollen Umgang miteinander. Ziel sei, dass gemeinsam die Situation vor allem der schwer und chronisch Kranken verbessert und dass man ein ambulantes und regionales Angebot vorhält, so die Senatorin. Es sei gut, dass die Gesundheit Nord das Konzept vorgelegt habe. Das Konzept werde nun in einem geordneten Verfahren von den verschiedenen Arbeitsgruppen bearbeitet und die Ergebnisse zusammengeführt.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die mündlichen Berichte zur Kenntnis.

TOP 4	Berichtsbitte der CDU „Bericht zum Thema Bipolare Störungen“ (Vorlage L-71-19)
--------------	---

Herr Bensch bedankt sich für den Bericht und kündigt an, den zugrundeliegenden Fall mit Herrn Prof. Dr. Reimer besprechen zu wollen.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Sachstandsbericht der Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz zum Sachstand „Bipolare Störungen“ zur Kenntnis.

TOP 5	Berufung der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats des Bremer Krebsregisters nach dem Krebsregistergesetz (BremKRG) (Vorlage L-69-19)
--------------	--

Herr Dr. Dr. Buhlert bedankt sich für die Vorlage.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt der Berufung der vorgeschlagenen Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates des Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen zu.

TOP 6	Berichtsbitte der CDU „Kurzbericht zum Thema „Elektrosmog“ und öffentliche Gesundheit (Elektromagnetisches Überempfindlichkeitssyndrom)“ (Vorlage L-68-19)
--------------	---

Herr Bensch (CDU) bedankt sich für die Vorlage und bittet darum zu einem späteren Zeitpunkt zu erfahren, ob in den Nachbargemeinden Spezialbehandlungsräume für Elektrosmogsensible zur Verfügung stehen.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht zum Thema „Elektrosmog“ und öffentliche Gesundheit (Elektromagnetisches Überempfindlichkeitssyndrom) zur Kenntnis.

TOP 7	Berichtsbitte der SPD „Bericht zum Sachstand der Organtransplantationen“ (Vorlage L-70-19)
--------------	---

Herr Welt (SPD) bedankt sich für die Beantwortung. Herr Welt gibt zu bedenken, dass bei 10.000 Betroffenen pro Jahr nur 8,58 Prozent der notwendigen Operationen durchgeführt werden können. Das sei eine besorgniserregend geringe Zahl. Herr Welt betont, dass die Öffentlichkeit immer wieder auf diese Frage hingewiesen werden müsse. Herr Welt begrüßt, dass das Klinikum Reinkenheide nun wieder Organspenden entnehme.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ergänzt, dass sie am Tag der Organspende beispielsweise an der Universität eine große Aktion zu dem Thema „Entscheidungsfindung“ 2016 durchgeführt habe. Viele Menschen würden von sich selbst in Umfragen sagen, dass sie zu Organspende bereit seien. Gleichzeitig würden aber zu wenige Menschen diese Entscheidung wirklich fällen.

Frau Dehne (SPD) stellt fest, dass gerade auch der Bereich der Gewebetransplantation wichtig sei.

Herr Bensch (CDU) ergänzt, dass das Klinikum Bremen-Mitte Informationsveranstaltungen zu diesem Thema anbiete.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Sachstandsbericht der Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz zum Sachstand der Organentnahmen zur Kenntnis.

TOP 8	Verschiedenes
--------------	----------------------

Augenärztliche Notfallversorgung in Bremerhaven

Staatsrat Kück erläutert, er habe mit der Kassenärztlichen Vereinigung die Augenärztliche Notfallversorgung in Bremerhaven besprochen. Es sei verabredet worden, dass die Augenärztinnen und Augenärzte Bremerhavens angeschrieben würden, mit dem Ziel eine umfassendere Versorgung sicherzustellen. Auch mit den Krankenhäusern würde gesprochen

Herr Welt (SPD) bedankt sich für die Initiative und sagt, dass es darum gehe, dass Menschen nicht von Bremerhavener Augenärztinnen und -Ärzten und Krankenhäusern weggeschickt würden und nach Bremen fahren müssten.

Krankenhaushygiene

Staatsrat Kück verweist darauf, dass ein richtigstellender Bericht bzgl. der Situation der Krankenhaushygiene im Land Bremen verteilt worden sei. Auch habe der Westdeutsche Rundfunk reagiert und den falschen Bericht der Sendung Plusminus aus der Mediathek und von der Website gelöscht.

Herr Saffe betont die Bedeutung von Antibiotika in der Tierhaltung in diesem Zusammenhang.

Frau Dehne bedankt sich für den Bericht.

Deputationstermin

Die Deputation beschließt, dass versucht werden soll, einen Alternativtermin für den 15. März zu finden.

Geburtsurkundenproblematik

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt lässt neue Geburtsurkundenformulare und Flyer verteilen. Diese würden sicherstellen, dass zukünftig die Anmeldung deutlich reibungsloser verlaufen würde und dadurch das Stadtamt entlasten.

Vorsitzender

Protokollführer